

## Haushaltsrede im Rat der Stadt Alsdorf, 19.03.2024

**Horst-Dieter Heidenreich**  
**GRÜNE-Fraktion**

*Es gilt das gesprochene Wort!*

(Anrede)

Wie schon im letzten Jahr möchte ich hier nicht ausgiebig auf die Rahmenbedingungen für die städtische Finanzsituation eingehen, das haben wir alle immer wieder in den letzten Jahren beklagt und uns an die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in Land und Bund gewandt, hier für Verbesserungen zu sorgen. Und auch heute übernehmen wir einen gemeinsamen Antrag, der in ähnlicher Form von den demokratischen Parteien in der Städteregion beschlossen wurde, als Resolution dieses Stadtrates.

Bevor ich abschließend unsere wenigen Anträge zum vorliegenden Haushaltsentwurf vorbringe, erlauben Sie mir einige inhaltliche Ausführungen zu laufende Maßnahmen in dieser Stadt.

Vorweg allerdings eine Anmerkung: Es fällt auf, dass nach Jahren der Einzelhaushalte diesmal wieder ein Doppelhaushalt für 2024 und 2025 eingebracht wird – ähnlich wie 2003/2004 und 2013/2014. Fällt Ihnen da eine Gemeinsamkeit auf? Richtig: Das zweite Jahr war jeweils ein Jahr, in dem eine Kommunalwahl stattfand. Gleiches gilt für das kommende Jahr 2025! Und da kommt es gar nicht gut, wenn zu Beginn des Kommunalwahljahres eine Haushaltsdebatte stattfindet mit möglicherweise unpopulären Entscheidungen wie z.B. eine Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B. Deshalb nun also eine Vorwegentscheidung heute, die dann wahrscheinlich auch fürs nächste Jahr gilt. Wir GRÜNEN hatten im Vorfeld diskutiert, ob wir für die heutige Debatte beantragen, nur einen Haushalt für 2024 zu beschließen, haben aber davon abgesehen, da uns der Verwaltungsaufwand hinsichtlich der Anpassung der mittelfristigen Finanzplanungsdaten zu groß erschien – zumal wir ja schon am Ende des ersten Quartals des Jahres 2024 angekommen sind und sich die Haushaltsgenehmigung vermutlich noch eine Weile hinziehen wird.

Nun also zum Inhaltlichen:

Die größte Herausforderung für Alsdorf sehen wir nach wie vor in der künftigen Stadtentwicklung vor dem Hintergrund der Herausforderungen durch den Klimawandel. Nach

wie vor sind weitere Wohnbaugebiete in unserer dicht besiedelten Stadt auf der Agenda, bei denen weitere Flächenversiegelung unvermeidlich sein wird. Seit Jahren warnen wir GRÜNEN vor dieser ausufernden Neubebauung, die nicht nur zulasten unserer verbliebenen Grünflächen geht, sondern auch zu klimabedingten Negativauswirkungen, sowohl durch zunehmende Aufheizung unserer Wohnquartiere als auch durch wachsende Gefahren durch Starkregenereignisse.

Frischlufschneisen werden zugebaut und abendliche Abkühlung erschwert. Diese zusätzlich versiegelten Gebiete machen weitere Maßnahmen gegen zunehmende Extremwetterereignisse nötig: anstatt die Wassermassen im Boden versickern zu können, werden z.B. weitere Regenrückhaltebecken erforderlich.

Zwar finden wir inzwischen das von uns beantragte Handlungsfeld „Klimaschutz und Klimafolgenanpassung“ als eigenständigen Produktbereich im Haushalt, allerdings nur als Unterpunkt und nicht, wie von uns gewünscht, als wichtige Querschnittsaufgabe. Immerhin haben wir im letzten Haushalt die Stelle des Klimaschutzmanagers als dauerhaft beschlossen und nicht mehr nur für einen begrenzten Förderzeitraum. Die Umsetzung der KlimaAnpassungsStrategie für unsere Stadt (kurz: KLAS) könnte aber besser vorankommen. Wir vermissen bei aller neuer Bautätigkeit z.B. die Planung und Durchführung von kompensierenden Entsiegelungsmaßnahmen. Im Vorjahr hatten wir den Bereich der Annaplatte als einen geeigneten Bereich identifiziert und einen Antrag dazu eingebracht. Das wiederholen wir in unserem Antrag Nr. 3 in dieser Debatte. Bleiben wir bei der weiteren Entwicklung des Anna-Geländes.

Anstatt eine Entwicklung des Bereiches um den Zentralparkplatz ausschließlich von geeigneten Investoren abhängig zu machen, setzen wir GRÜNEN weiterhin auf die Erarbeitung einer städtischen Planung anhand notwendiger kommunaler Bedarfe – und die sollten auch von der Kommune, also von Rat und Verwaltung festgelegt werden.

Wir wünschen uns, dass auch weiterhin - und nicht erst auf längere Sicht – die Bahnhofstraße als verkehrsberuhigte Zone im Mittelpunkt der Entwicklung steht. Im Einklang mit den Bereichen auf dem Anna-Gelände muss hier so etwas wie die „gute Stube“ der Stadt entstehen, mehr Aufenthaltsqualität, mehr Grünbereiche und auch neue gastronomische Angebote wie Cafés und Restaurants als Anker für die weitere Entwicklung.

Ein ganz wichtiger Bereich ist hier auch das Umfeld des Bus- und Bahnverknüpfungspunktes am Annapark. Wir GRÜNEN halten es für unerträglich, dass die Unterstation seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten vor sich hin gammelt und die Stadt nicht in der Lage ist, den Besitzer (ggf. mithilfe des Grundstücksfonds NRW) zum Handeln zu veranlassen bzw. ihn zu zwingen, den damaligen Erwerb rückabzuwickeln, damit das Gebäude für die Stadt

verfügbar wird. Ich erinnere an unsere Fraktionsanfrage für den Rat im Herbst 2019, leider hat sich seitdem noch immer nichts getan.

Gleiches gilt übrigens auch für den Bereich der ehemaligen Bergmannshäuser an der Prämienstraße. Der ursprünglich angedachte Neubau mit Kleinwohnungen für Studierende, die hier evtl. preiswertere Unterkünfte als in der Stadt Aachen finden könnten – bei gleichzeitiger idealer Anbindung an die RWTH durch die Euregiobahn – ist bedauerlicherweise auch aus dem Blickfeld geraten. Auch hier verweise ich auf eine Anfrage unserer Fraktion vor fast fünf Jahren, die von der damaligen Technischen Beigeordneten Frau Lo Cicero-Marenberg am 19. September 2019 im Stadtrat ausführlich beantwortet wurde.

Wir werden auf diese Angelegenheiten bei passender Gelegenheit, evtl. im Ausschuss für Stadtentwicklung, in Kürze noch einmal zurückkommen.

Positiver sehen wir die Entwicklung bei der Ausstattung städtischer Gebäude mit erneuerbaren Energien, die wir ja auch schon vor einigen Jahren forderten. Neben Schulen und Kindergärten, die in letzter Zeit mit PV-Anlagen ausgestattet wurden und werden, haben wir die Hoffnung, dass schon bald auch die große Dachfläche der Stadthalle mit Sonnenstromanlagen bestückt werden kann.

Erinnern möchte ich in diesem Zusammenhang auch an das im Bau befindliche neue Hallenbad. Ursprünglich sollte dort die Grundlast bei der Wärmeversorgung auf Basis eines Erdgas-BHKWs erfolgen, was wir GRÜNEN vehement kritisiert hatten. Nun wird nach heutigem Stand die Versorgung auf der Basis erneuerbarer Energien im Zuge des Energeticon-Konzepts Anna 4.0 erfolgen, u.a. durch Nutzung der Vorzeigetechnik der Grubenwasserthermie - und lediglich die Spitzenlast in bestimmten Zeiten (z.B. Kälteperioden) durch eine Anlage auf der Basis nachwachsender Rohstoffe unterstützt.

Wünschen würde ich mir, dass im Zuge der Neugestaltung der Buswartehäuschen, die leider immer noch nicht in der Umsetzung ist, bei der Verwaltung doch noch der Groschen fallen würde, hierbei eine Gestaltung mit Gründächern und/oder Photovoltaik mit einzubeziehen. Ich verweise hierbei noch einmal auf unseren – leider abgelehnten – Antrag aus dem letzten Jahr.

Noch mehr kommunales Engagement würden wir GRÜNE uns noch bei der Umgestaltung der Wärmeversorgung in städtischen Gebäuden wünschen. Schon im letzten Jahr hatten wir kritisiert, dass in bestehenden Gebäuden noch einmal deren ältere Gasheizungen teilweise

erneuert wurden anstatt einen Schnitt zu machen und verstärkt auf Solar in Kombination mit Wärmepumpen zu setzen – was auf Dauer ökologisch wie wirtschaftlich sinnvoller ist. Aber ich hoffe, der Schub in die richtige Richtung kommt spätestens dann, wenn die kommunale Wärmeplanung, zu der die Stadt bis 2028 gesetzlich verpflichtet ist, realisiert wird.

Bedauerlich finden wir, dass die Fördermöglichkeiten des Landes für 2023, wie wir im Hauptausschuss erfahren haben, nicht mehr genutzt werden konnten, weil man sich zu spät darum bemüht hat. Vielleicht ergibt sich in diesem Jahr dafür eine neue Möglichkeit, z.B. vonseiten des Bundes.

Kommen wir zum Verkehrsbereich: Erfreulich ist, dass die Stadt fraktionsübergreifend die Planung und Entwicklung der RegioTram unterstützt. Ich hoffe, gerade wir Älteren werden es noch erleben, dass dieses sinnvolle Projekt auf der Nord-Süd-Achse unserer Region zur Verwirklichung kommt.

Wir wünschen uns aber eine zügige Inangriffnahme des Mobilitätskonzeptes, insbesondere Maßnahmen für die nicht motorisierten Verkehrsteilnehmenden, etwa die Fortentwicklung des innerstädtischen Alltagsradwegenetzes. Die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Umsetzung des Mobilitätskonzeptes ist auch einer der beiden inhaltlichen Anträge, die wir für diesen Etat stellen.

Bei der Elektromobilität wünschen wir uns einen zügigeren Ausbau der Infrastruktur, insbesondere im Bereich der alten Gemeinde Hoengen, wo es nach wie vor nur ein ganz geringes Angebot an „Normalladepunkten“ (zwei in Mariadorf) und keine Schnellladesäulen gibt. Immer noch gibt es in der Stadt nur eine einzige Gleichstrom-Schnellladesäule, und zwar an einem Privatbetrieb im Gewerbegebiet Schaufenberg. Die Schnellladesäulen von EnBW am neuen Toom/Rewe-Standort in Neuweiler sind entgegen der Ankündigungen für Ende Februar – Stand heute – immer noch nicht in Betrieb. Hier besteht also weiterhin Nachholbedarf für unsere Stadt.

Im letzten Jahr hatten wir die Aufstockung der Mittel für den Eigenbetrieb Technische Dienste für Straßenausbesserungsmaßnahmen beschlossen, hier besteht auch weiterhin sehr viel Nachholbedarf.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung immer neuer Baugebiete mit entsprechenden neuen Straßen bitten wir außerdem zu bedenken, dass die Folgekosten für deren Erhalt und Wartung ebenfalls ansteigen werden – auch dies spricht für die Entsiegelung nicht mehr zwingend benötigter Verkehrsflächen.

Bedanken möchte ich mich im Namen der GRÜNEN-Fraktion bei allen Verwaltungsmitarbeitenden, auch in den an dieser Haushaltsrede nicht namentlich erwähnten Bereichen für ihre gute und engagierte Arbeit bei nach wie vor schwieriger Personalsituation.

Nun zu unserem Antrag, die Realsteuern betreffend:

Wir halten den im HH-Entwurf vorgeschlagenen kräftigen Schub bei der Grundsteuer B, die gleichermaßen Hausbesitzende, wie Mieterinnen und Mieter betrifft, für nicht zumutbar: 200%-Punkte mehr, von jetzt 695%-Punkte auf 895%-Punkte, bedeuten einen satten Zuschlag von 28,8%.

Damit würde die Stadt Alsdorf bei dieser Steuerart in die Erste Liga der Spitzensteuersätze für die Grundsteuer B in NRW aufsteigen.

Wir haben lange darüber nachgedacht, ob eine Erhöhung ganz zu vermeiden ist, sind aber zu dem Schluss gekommen, dass es ganz ohne wohl nicht gehen wird. Wir sind aber für eine wesentlich mildere Steigerung und schlagen zum jetzigen Zeitpunkt eine Erhöhung von 90 Prozentpunkten auf dann 785% vor, das sind 12,9% mehr.

Nachdem die Gewerbesteuer zuletzt im Jahr 2013 erhöht worden ist, sind wir der Meinung, dass auch diese, elf Jahre später, noch einmal angepasst werden sollte, um auch von den Firmen einen gewissen höheren Obolus einzufordern und damit für mehr Gerechtigkeit unter den jeweiligen Steuersektoren und den Betroffenen zu sorgen. Unser Vorschlag: Eine Erhöhung um 34%-Punkte von 495 auf 529%-Punkte, das ist eine reale Erhöhung um knapp 6,9%.

Auch wenn dies Auswirkungen auf die Schlüsselzuweisungen im kommenden Jahr hat, sind wir der Meinung, dass dies vertretbar ist, da deren genaue Höhe zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu beziffern ist und erst durch das Gemeindefinanzierungsgesetz GFG fürs nächste Jahr endgültig festgelegt wird.

Ähnlich sah man das wohl auch in einer Beschlussvorlage der Stadt Kamen in Kreis Unna, die fast gleich groß wie Alsdorf ist. Dort hatten die Stadtverordneten die Wahl zwischen zwei von der Verwaltung vorgelegten Alternativen: Entweder Beibehaltung des Gewerbesteuersatzes und eine Erhöhung der Grundsteuer B um 250%-Punkte von 690 auf 940% - oder eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 40%-Punkte und eine geringere Erhöhung der Grundsteuer B (um 100%-Punkte auf 790%).

Ich finde, das ist gut vergleichbar mit unserem Vorschlag - auch wenn sich eine Mehrheit in Kamen in der Ratssitzung am 19. Januar letztlich lieber für die drastische Erhöhung der

Grundsteuer B und die Beibehaltung des Gewerbesteuerhebesatzes entschied. Im Unterschied dazu wurde die Gewerbesteuer in der Kreisstadt Unna kräftig auf 595%-Punkte erhöht. Und noch ein Beispiel: Auch die Gemeinde Nettersheim erhöhte kürzlich gleichzeitig sowohl die Grundsteuern A und B als auch die Gewerbesteuer moderat.

Wenn man wollte, ginge das also auch hier. Im nächsten Jahr könnte man dann Bilanz ziehen und, wenn wirklich der Bedarf da ist, ggf. mit einer weiteren Hebesteuersatzung entsprechend nachkorrigieren. Das halten wir für fairer als jetzt und sofort nur die Grundsteuer B drastisch anzuheben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Ich bitte um Ihre Zustimmung!